

Volke-Zeitung

Überdunfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:
für Halle monatlich für zweimonatliche
Abstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mark, durch die Post 22.50 Mark.
zusätzlich Zustellungsgebühr. Bei
Abstellungen werden ein altes Reichs-
postzeichen angenommen. Dem
amtlich. Zeitungsvorzeichnis unter
einer-Zeitung eingetragen. Für
unsererlangt eingegangene Mon-
atspreise sind keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Volke-Zeitung ge-
gründet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 11-3
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeterzeile
der ersten 10 Zeilen 60 Pf.,
weiterhin je nach 10 Pf.,
Sonderanzeigen 40 Pf.,
die 20 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Preisfragen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtlich
Anzeigenpreise. Erklärungs-
blatt. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montag 1 mal,
Schriftleitung und Anzeigen-
Abteilung: Halle, Neue Post-
straße 10, Dr. Draubowitz, 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 51 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4099.

Nr. 562.

Halle, Mittwoch, den 1. Dezember 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Strafverfahren gegen eine Escherich-Organisation.

Verhaftung eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten — Die oberschlesische Bevölkerung gegen die Entente-Vorschläge Der Reichstanzler über die Besatzungskosten — Unterzeichnung des litauisch-polnischen Waffenstillstandes.

Die Verfassung Preußens.

Die Republik Preußen hat ihre Verfassung. In der letzten Sitzung der Preussischen Landtagsversammlung wurde der Verfassungsentwurf in dritter Lesung mit 280 gegen 60 Stimmen bei 7 Stimmenthalten angenommen. Das Ergebnis wurde von der Mehrheit für das Reichstag angenommen. Präsident Ebert erklärte, daß mit diesem Beschluß die Preussische Landtagsversammlung ihr am 6. Januar 1919 übertragene Mandat erfüllt habe. Wir sind somit einem wichtigen Schritt in der Geschichte Preußens und damit auch des deutschen Volkes weiter gekommen. Natürliche Gegner des Beschlusses waren die Gegner des republikanischen Gedankens, d. h. die Deutschnationalen und die Unabhängigen und Kommunisten, die gleichwohl nach dem Diktator rufen, der den Staat nach ihrem Willen gestalten soll, und jeden, der nach der Selbstbestimmung des Volkes strebt, durch Niedertrüben glauben zur Majors bringen zu können. Aber die Massen interessieren sich die Haltung der Volkspartei, die, wie es scheint, aus ihrer praktischen Regierungstätigkeit gelernt hat, daß weit die Gesetze folgen, aber eng im Rahmen sich die Sachen bewegen. Ihre Vertreter haben für die Verfassung gestimmt und damit die Republik anerkannt. Mit diesem Resultat der Verfassungsarbeit hätte man zufrieden sein, wenn nicht die Erörterungen von einem Mißlingen begleitet gewesen wären, der den deutschen Parlamentarismus in seinem Ansehen schwer schädigen muß. Aus agitatorischen Gründen hatten die Sozialisten mit der Verfassungsberatung die Debatte über die Abfindung der Hohenzollern verknüpft. Sie mußten wissen, daß dieses an sich selbst reiches Thema die Würde der Verfassungsberatung herabsetzen konnte, und es zeigt von wenig Talent, daß sie die Folgen ihres Verfalls nicht abzumildern, sondern nur noch zu verschärfen vermochten. Es kam zu Surmengen, wie sie im Reichshaus bisher selten waren. Andere Väter werden aus dem gelassenen Parlamentarismus schon einen Vorgeschmack davon bekommen haben. Sicher war die herausfordernde Art des deutschnationalen Abgeordneten Kaufmann alles andere als der Würde des Parlaments angemessen. Aber was sich die Unabhängigen leisten, muß jedem Deutschen das Rot der Scham in die Wangen treiben. Ein Unabhängiger warf nach Dr. Kaufmann einen Papierballen, den Adolf Hoffmann in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung dem Hohenzollern-Museum zu überweisen beauftragte. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung überreichte ein unabhängiger Abgeordneter dem deutschnationalen Redner ein aus roter Pappe verfertigtes Eisernes Kreuz, weil Dr. Kaufmann, der Hauptmann der Landwehr ist, während seiner Rede ein Eisernes Kreuz getragen hatte!

Wenn werden die breiten Massen unseres Volkes endlich einsehen, daß Männer, die allen Lebenserkenntnis an gescheiterten Arbeiten legen sollten, um Deutschland endlich wieder aus der tiefen Not herauszuführen, und statt dessen die Zeit wie dumme Jungen mit albernen Wägen loschlagen, nur um wie Clowns die Achsen auf ihrer Seite zu haben, nicht in das Parlament gehören. Solche Dinge haben unser Ansehen als Kulturvolk sicher nicht, sondern stärken bei unseren ohnedies fast an Größenwahn erkrankten Kriegsgegnern noch mehr die Ansicht, daß wir aus dem Barbarismus noch nicht heraus seien. Wer diesen tönen Ton der Gasse pfeift oder unterschlägt, ist nicht wert, Bürger eines freien deutschen Volksstaats zu sein, den man soeben durch eine Verfassung fundiert hat.

Die Besatzungskosten.

Reichstanzler Freydenberg empfing in Gegenwart des Ministers des Innern Dr. Simon den Berliner Vertreter der „Rheinischen Zeitung“ und gab ihm nähere Angaben über seine Eindrücke und die der übrigen Minister der Reichsregierung, die sich auf ihrer Rheinreise gefunden haben. Der Kanzler führte dabei aus, daß kein Mitglied der Reichsregierung jemals an der Treue unserer Westmark zu dem Reich auch in den schwersten Zeiten der Besetzung zweifelhaft habe. Überall haben wir gefunden, so sagte der Kanzler, daß die Rheinländer den Glauben an Deutschlands Zukunft trotz der drückenden Lasten des Friedensvertrages nicht verlieren lassen. Wir haben gesehen, wie schwer die Besatzung sei. Überall, wo wir hinkamen, traten uns die Klagen entgegen, daß die Kassen, die auf dem Rücken ruhen, weit über den Rahmen dessen hinausgehen, was man sonst mit einer Besetzung in Friedenszeiten für vereinbar gehalten hätte, und dabei handelt es sich doch nur um ein Unterpfand als Sicherung für die Einhaltung der Vertragsverpflichtungen im Rahmen unserer

eigenen Leistungsfähigkeit. Mit dieser Auffassung der Besatzung stehen allerdings die zahlreichen militärischen Einrichtungen und Anlagen im Widerspruch, die von den alliierten Truppen weit über ihren eigenen Bedarf hinaus im Rheinland vorgenommen sind. Noch sichtbar macht sich aber unter der Bevölkerung der moralische Druck bemerkbar. Man muß sich fragen, aus welchen Erwägungen heraus die früheren Feinde Deutschlands immer noch 145 000 Mann zur Sicherung für die Besetzung der Rheinlande als notwendig erachteten trotz unserer Entschlossenheit. Die ungeheuren Kosten der Besatzung stehen im Widerspruch zu den Sparmaßnahmen, die gewöhnlich von unseren Gegnern an uns gerichtet werden. Ob 18 Milliarden Mark Besatzungskosten ausreichen, wissen wir überhaupt noch nicht. Von der Höhe der Kostenfrage für die Besetzung hängt wesentlich die Entscheidung ab, ob und wann Deutschland in der Lage sein wird, seine wirtschaftlichen Verpflichtungen auf Grund des Vertrages zu erfüllen. Eine Milderung dieser Stellen ist eine erste Voraussetzung für die Selbstbestimmung, ohne die die großen europäischen Fragen niemals zu lösen sein werden. Zum Schluß bemerkte Freydenberg noch: Der Außenminister Simons und ich haben bei unserem Besuch im Rheinland den Eindruck gewonnen, daß gerade in dieser Beziehung die Rheinlande als Westmark des Deutschtums besondere Aufgaben haben.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einem Artikel über die Kosten der Besatzungsarmee: Der Hut des von allen Seiten hereinströmenden Materials ist ein wichtiges Dokument merkwürdigerweise bisher übersehen worden. Danach ist zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs hinsichtlich der Besetzung der Rheinprovinz ein Abkommen geschlossen worden, nach dem die alliierten Regierungen nicht darauf bestehen, daß die Zeit der Besetzung bis zur völligen Erfüllung der Entschädigungskaufbau dauern solle und sich bezogen erklären, wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt Beweise von seinem guten Willen und betrieblige Bürgerpflichten für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gäbe, die Rheinprovinz schon vor 15 Jahren zu räumen. Ferner kommen die Alliierten in dem Abkommen überein, daß der jährliche Betrag der von Deutschland zur Deckung der Besatzungskosten zu entrichtenden Summe 240 Millionen Goldgulden nicht übersteigen soll. Das Blatt sagt: Das Abkommen wurde nicht mit Deutschland geschlossen, es bindet aber die alliierten Mächte selbst, und es kann von unserer Seite immer wieder darauf verwiesen werden, daß zur Zeit des Friedensschlusses die Entente sich keineswegs des Ansichts verschloß, wie genau die Höhe der unendlichen Besatzungskosten mit der deutschen Zahlungsfähigkeit in Verbindung steht.

Verhaftung eines Kommunistenführers.

In München wurde Dienstag früh der neukommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Remels, Bruder des bairischen Ministerpräsidenten, der Montagabend in der ersten öffentlichen Versammlung der Neukommunisten in München im Kinofestler sprach, wegen Ausreisung zum Festnahm verhaftet. Remels kündigte in seinem Referat an, daß die Ergebnisse desmal von Selbstbestimmung angesehen werde. Wie der „Vorwärts“ erzählt, hat sofort nach Empfang der Nachricht über die Verhaftung Remels der Reichstagspräsident Seebe sich an den Reichsanwalt und an die zuständigen Reichsministerien gewandt, um die Gründe der Verhaftung zu erfahren und die Haftentlassung zu bewirken. Es dürfte auch bereits heute ein schwebender Antrag auf Aufhebung der Haft im Reichstags zur Verhandlung kommen.

Strafverfahren gegen eine Escherich-Organisation.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt nach MIZ mit: Einem Gegenstand, der in kommunistischen Kampfanstalten, welche vor einiger Zeit das außerordentliche Gericht für den Bezirk des Reichswirtschaftskommando I beschlagnahmt, die Berliner Polizei auf die Spur gekommen. Es gelang Beweise dafür zu erhalten, daß eine frühere Zeitfreiwilligen-Organisation im Geheimen noch fortbesteht. Als Hauptführer kommt der Hauptmann a. D. Hubert Böttelmann in Betracht, der die einzelnen Kompagnien des ehemaligen Zeitfreiwilligen-Regiments 6 unter Decknamen, wie „Sportverein“, „Schwimmklub“, „Stammklub“, „Literarischer Verein“ usw. in ein „Notwehr-Regiment“ zusammengefaßt hat. Böttelmann hat sich der Festnahme durch die Flucht entzogen. Bei den Hausdurchsuchungen fielen den Polizeibeamten die Entwürfe des am 6. 1920 gegründeten „Berliner Heimatschutzes“ in die Hände, der hainzingerleis forparatistes Mitglied der Organisation Escherich ist. Die Mitglieder losmoh des Notwehr-Regiments als auch des Berliner Heimatschutzes werden sich demnach vor dem außerordentlichen Gericht beim Reichswirtschaftskommando I zu verantworten haben wegen Teil-

nahme an Verbrechen militärischer bezw. polizeilicher Art, die durch die Störung des Reichspräsidenten vom 30. 5. 1920 unter Strafe gestellt ist.

Die Stimmung in Oberschlesien.

Die deutsche Presse Oberschlesiens lehnt einmütig und geschlossen die englisch-französischen Vorschläge hinsichtlich einer Abtretung in Köln als auch einer zeitlichen und örtlichen Trennung der ober-schlesischen Volksabstimmung ab. Der in Katowitz erscheinende mehrheitspolnische „Wolfskrieg“ schreibt u. a.: „Eine solche Regelung ist durch nichts begründet. Wenn die Entente der Meinung ist, daß es tatsächlich zu Gewalttätigkeiten bei der Abtretung kommt, so kann das nur von polnischer Seite geschehen. Die Entente hat sich das selbst zugeworfen, denn ihre eigenen Begünstigungen haben sie zu Gewalttäten neigenden Polen ganz außerordentlich zum Mißrat getrieben.“ Die „Oberschlesische Volksstimme“ spricht von einem „Verkaufskolben für Dumme“.

Ein Geheimbericht über Stageraff.

In den ersten Revolutionsstagen ist ein Geheimbericht über die Gesandtschaft von Stageraff abhandelt gekommen. Die „Daily Mail“ rühmt sich, im Besitz dieses Dokuments zu sein. Die deutsche Marineleitung hat nunmehr beschlossen, den Originalbericht des Admirals Scheerer zu veröffentlichen. Der Bericht soll gleichzeitig in der deutschen Presse und in der „Chicago Tribune“ zur Veröffentlichung gelangen.

Sowjetrußlands Zerrüttung.

Im Kongreß der russischen Sozialdemokraten referierte die aus Sowjetrußland heimgekehrte Gewerkschaftskommission. Sie gab an: „Wir müssen befrichtigen, daß sich in Rußland in voller Zerrüttung befindet. Die Industrie, die rein militärisch-bürokratisch verwaltert wird, ist, von einigen wenigen Zweigen abgesehen, im Verfall. Das bolschewistische-bürokratische System wird am besten durch die Verhältnisse in Moskau veranschaulicht, wo es unter 1 Million Einwohner 400 000 bolschewistische Staatsangehörige gibt. Von einer Sozialisierung kann keine Rede sein, denn die Betriebsräte sind nur formell eingeführt, ohne der Arbeiterchaft eine tatsächliche Mitbestimmung zu ermöglichen oder sie auch nur vor Willkürherrschaften zu schützen. Während des Weltkrieges und des bolschewistischen Regimes starben 40 v. H. der russischen Bevölkerung. Die Gewerkschafts-Delegation der russischen sozialdemokratischen Partei ist während ihres Aufenthaltes in Rußland zu der Überzeugung gelangt, daß sich der Sozialismus durch die bolschewistische Methode nicht verwirklichen läßt. Auch zur Sozialisierung des Bodens trägt sie nicht bei, denn Rußland hat den privaten Grundbesitz aufrecht erhalten.“

In Warschau hielt eine Rede gegen den Bolschewismus, mit dem Referatortatorien einmütig einmütig abgelehnt wurde. Die bolschewistische Propaganda sagte er, verschwindet immer mehr. Die Bolschewisten haben immer gelehrt: die Zweite Internationale ist konträr. Wir können darauf ruhig feststellen entgegen: die Zweite Internationale lebt und arbeitet, aber der Bolschewismus steht vor seinem Bankrott. In kurzer Zeit werden unsere Delegierten Gosting und Madonadov ganz Europa bereisen, um Bräuen zu ändern zu bauen, deren Arbeiterchaft sich der Zweite Internationale entfremdet hat. Wir werden die Zweite Internationale neu kräftigen. Zu diesem Zweck war es notwendig, das Generalsekretariat von Brüssel nach London zu verlegen, denn die 6 Millionen organisierten englischen Arbeiter sind unser stärkstes Element.“

Der litauisch-polnische Waffenstillstand unterzeichnet.

Der Waffenstillstandsvertrag ist am 27. November in Romno unterzeichnet worden. Die Feindseligkeiten zwischen der litauischen Armee und der Armee des Generals Zeligowski sind ab 30. November eingestellt. Zwischen dem litauischen und der neutralen Zone feilscht. Die polnische Regierung gibt die offizielle Garantie, daß General Zeligowski den Waffenstillstand einhalten wird.

Die Völkerbundsversammlung.

Nach achtstägiger Unterbrechung hielt am Dienstag vor-mittag die Völkerbundsversammlung wiederum eine Voll-sitzung ab. Bei der Beratung des Geschäftsreglements be-rückte Herrari über die Arbeiten der Kommission und be-tonte, daß die Bestimmungen des Reglements auf dem Grund-satz beruhen, daß die Versammlung die souveräne Macht des Völkerbundes darstellt und daß der Völkerbund-rat die händige Macht darstellt, deren ausführende händige Organisation das Generalsekretariat bildet. Die Versam-mlung tritt jedes Jahr einmal am ersten Montag des Sep-tember zusammen. Während der Zeit, in welcher die Ver-



